



An den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses  
Herrn Dr. Ralf Unna

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und  
Grün  
Herrn Rafael Struwe

An den Vorsitzenden des Bauausschusses  
Herrn Dr. Martin Schoser

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 22.12.2017

**AN/1911/2017**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Gesundheitsausschuss	16.01.2018
Ausschuss für Umwelt und Grün	18.01.2018
Bauausschuss	29.01.2018

**Sachstand zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs und  
Prüfung alternativer Standorte einer Hubschrauberbetriebsstation in Köln**

Sehr geehrte Herren Ausschussvorsitzende,

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in seiner Sitzung am 15.12.2015 hat der Rat der Stadt Köln einen Baustopp für die Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg und die nutzungsunabhängige Stabilisierung des Kalkbergs zur unmittelbaren Gefahrenabwehr beschlossen. In der Sitzung am 15.03.2016 hat der Rat diesen Beschluss bekräftigt und die Verwaltung einstimmig aufgefordert, alternative Standorte für eine Hubschrauberbetriebsstation in Köln zu prüfen und dem Rat die Ergebnisse der Prüfung vorzulegen. Zudem sind Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Sicherung der Kalkberg-Deponie dem Rat zur Entscheidung vorzulegen und die Kosten für diese Maßnahme darzulegen.

Der lokalen Presse und einzelnen Mitteilungen der Verwaltung ist derzeit zu entnehmen, dass es bei der nutzungsunabhängigen Sanierung des Kalkbergs zu

weitreichenderen Maßnahmen als ursprünglich Seitens der Verwaltung geplant und damit verbundenen erheblichen Mehrkosten kommt. Die Verwaltung wird vor diesem Hintergrund gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Bestehen derzeit mittelbare oder unmittelbare Gefahren für die Bevölkerung in den angrenzenden Wohnbereichen? Kann sicher ausgeschlossen werden, dass die bisher im Inneren der Kalkbergdeponie entdeckten Chemikalien und chemischen Verbindungen nicht miteinander in Berührung kommen und reagieren und neue umwelt- und gesundheitsgefährdende Stoffe und Verbindungen bilden?
2. Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Sanierung der Kalkbergdeponie? Ist davon auszugehen, dass alle aktuell vorgesehenen Maßnahmen weiterhin unabhängig von einer weiteren Nutzung für eine Hubschrauberbetriebsstation geplant und durchgeführt werden müssen? Ist auf Grundlage der nun bereits gewonnenen Erkenntnisse mit weiteren zeitlichen Verzögerungen bei den nötigen baulichen Sicherungsmaßnahmen zu rechnen? Ist davon auszugehen, dass der aktuell mitgeteilte Kostenrahmen eingehalten werden kann? Falls nein, von welchem Umfang an Kostenerhöhung ist auszugehen?
3. Wie ist das derzeitige Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und bisher in der Angelegenheit Kalkberg tätigen Gutachters? Gib es Seitens der Verwaltung Bestrebungen, Schadensersatzansprüche gegen die an Planung und Bau des Kalkbergs Beteiligten anzustrengen? Falls ja, welche Unternehmen sind davon betroffen und wie ist der Sachstand? Wird Seitens der Fachverwaltung weiterhin wie in der Presse angedeutet auf den fachlichen Ratsschlag des Gutachters zurückgegriffen?
4. Wie ist der Sachstand der Prüfung der alternativen Standorte für eine Hubschrauberbetriebsstation in Köln? Hat sich durch die zwischenzeitlich entdeckten Umweltgifte im Inneren des Kalkbergs, die damit zusammenhängende Neubewertung der Statik, Umwelt- und Gesundheitsgefährdung am Standort Kalkberg auch eine Neubewertung der alternativen Standorte im Vergleich zur letzten vorgenommenen Bewertung ergeben? Wenn ja, wie äußert sich diese? Wann werden Ergebnisse einer Prüfung der Alternativstandorte vorgelegt?
5. Wie weit fortgeschritten sind die Bemühungen der Verwaltung für den Betrieb einer möglichen alternativen Hubschrauberstation, auch eine dann nötige Betriebsgenehmigung zu erwirken. Werden dazu parallel zur Prüfung der Alternativstandorte Gespräche mit den zuständigen Landesbehörden geführt, um ggf. unnötige Verzögerungen bereits im Vorfeld zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin